

**Ziviler
Friedensdienst**



Bundeswehr

Ausgabe 2/2011

Frieden braucht Fachleute – Zeitung des Forum Ziviler Friedensdienst e. V.

20 Millionen mehr vom Militär!

Kampagne für den Ausbau des Zivilen Friedensdienstes

Unsere Forderung

Wir haben zu wenig zivile Instrumente und zu viel Militär. Der Zivile Friedensdienst muss ausgebaut werden.

Wir fordern die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, für drei Jahre je 20 Millionen Euro aus dem Verteidigungshaushalt für den weiteren Ausbau des Zivilen Friedensdienstes umzuwidmen.

Zivilen Friedensdienst ausbauen

Der Zivile Friedensdienst hat in mehr als zehn Jahren praktischer Arbeit bewiesen, dass er wichtige Beiträge zur Friedensförderung leisten kann. Eine umfassende und unabhängige Evaluierung hat Wirkungen des ZFD überprüft und Wege zum weiteren Ausbau aufgezeigt. Von einzelnen Projekten mit wenigen Friedensfachkräften in einem Land muss der Zivile Friedensdienst weiterentwickelt werden, hin zu größeren Programmen der zivilgesellschaftlichen Friedensförderung.

Gewaltfreie Prävention statt militärische Reaktion!

Gewaltprävention ist auch langfristig weitaus preiswerter als militärisches Eingreifen im Falle von Gewalt eskalationen. Stattdessen werden Auslandseinsätze der Bundeswehr fortgesetzt, ohne dass realistische Perspektiven für ein Ende der Gewalt aufgezeigt werden. Die Ausgaben für Auslandseinsätze der Bundeswehr erreichten im Jahr 2010 die Rekordsumme von 1,36 Milliarden Euro. Die Mittel für den Zivilen Friedensdienst sanken von 30 auf 29 Millionen.

**20 Millionen beim Militär einsparen
20 Millionen Euro verbrennen in
250 Flugstunden eines Eurofighters.
Jede Woche, die die Bundeswehr
in Afghanistan verbleibt, kostet
die Steuerzahler/-innen
20 Millionen Euro!**

20 Millionen Euro beim Zivilen Friedensdienst anlegen

Mit 20 Millionen Euro im Jahr können weitere 200 Fachkräfte im Zivilen Friedensdienst eingesetzt werden. Die Erhöhung ermöglicht einen bedeutsamen und zugleich verantwortungsvollen Ausbau des Zivilen Friedensdienstes.



Zum Auftakt der Kampagne »20 Millionen mehr vom Militär« wurde vor dem Verteidigungsministerium in Berlin eine Scheckübergabe inszeniert: Verteidigungsminister Thomas de Maizière überreichte seinem Kollegen Dirk Niebel symbolisch 20 Millionen Euro. Niebels Entwicklungsministerium fördert den Zivilen Friedensdienst.

Erinnern Sie sich an die letzten Präsidentschaftswahlen in Kenia? Wahrscheinlich nicht. Sie verliefen weitgehend gewaltfrei. Eine drohende Konfrontation zwischen Anhängern und Anhängern von Wahlsieger und Unterlegenen, wie jüngst in der Elfenbeinküste geschehen, konnte verhindert werden. Das war nicht zuletzt das Verdienst gut vernetzter zivilgesellschaftlicher Initiativen im ganzen Land. Mit der Verbreitung korrekter, unparteilicher Informationen verhinderten sie, dass durch einzelne Gewalttaten eine Gewaltspirale losgetreten wurde. Von diesen und ähnlichen Erfolgen ziviler Konfliktbearbeitung erfahren wir oft gar nicht.

Protest regt sich, wenn über Auslandseinsätze der Bundeswehr entschieden wird. Doch kaum jemand meldet sich zu Wort, wenn wieder einmal zu wenig in gewaltfreie Mittel investiert wird, um das Entstehen von Krieg und Gewalt frühzeitig zu verhindern. Dabei ist Gewaltprävention längst kein utopisches Wunschenken mehr, sondern eine Frage der politischen Vernunft.

Ziviler Friedensdienst wirkt

Nicht nur in Deutschland und Österreich, auch in Skandinavien und Großbritannien wurden in den letzten Jahrzehnten Programme der Friedensförderung eingerichtet, wissenschaftliche Institute und Studiengänge beschäftigen sich intensiv mit dem Thema. Politisch Ver-

antwortliche können heute auf ein fundiertes Wissen über die Möglichkeiten der sogenannten zivilen Krisenprävention zurückgreifen. Der Zivile Friedensdienst zählte zu den ersten staatlich geförderten Programmen dieser Art. Schon im Jahr 2004 nannte die Bundesregierung den Zivilen Friedensdienst das »wichtigste friedenspolitische Instrument zur Förderung von Friedenspotenzialen der Zivilgesellschaft«. Auch die aktuelle Bundesregierung schrieb noch im Jahr 2010, der Bedarf sei unverändert groß und werde künftig eher noch steigen. Doch die Mittel im Haushalt des Jahres 2011 wurden um eine Million Euro gekürzt.

Derweil konzentriert sich die sicherheitspolitische Diskussion in Deutschland vor allem auf die Reform der Bundeswehr. Im Zentrum steht der Umbau zu einer »Armee im Einsatz«. Im Frühjahr 2011 trat der 250.000ste deutsche Soldat einen Auslandseinsatz an. Vor 20 Jahren wurde die Bundeswehr erstmals in einen Auslandseinsatz entsandt. Die direkten Kosten dieser Einsätze beliefen sich nach Angaben der Bundesregierung bisher auf mehr als 13 Milliarden Euro.

Vernetzte Friedensstrategie

Nicht diskutiert wird jedoch die Frage: Welche Friedensstrategie wollen wir in den nächsten 30 Jahren verfolgen? Welche globalen Beiträge zur Sicherung der Menschenrechte und des Friedens kann und will

Deutschland leisten? Und welche zivilen Potenziale, welche militärischen brauchen wir dafür? Statt drauflos zu reformieren und am Ende wieder eine zu große und zu teure Armee zu haben, sollten wir fragen: Was haben wir Deutsche aus Krieg und Diktatur gelernt? Welche guten und friedensfördernden Angebote könnten wir der Weltgemeinschaft unterbreiten?

Es geht an dieser Stelle nicht darum, Bundeswehreinsätze generell infrage zu stellen. Auch viele Soldatin-

nen und Soldaten sagen, mit militärischen Mitteln könne man lediglich versuchen, im Sinne einer Schutzverantwortung massive Gewalt einzudämmen. Politische Lösungen und dauerhafter Frieden sind mit Militäreinsätzen nicht erreichbar. Im Gegenteil: Oft wird damit eine friedliche Lösung behindert.

Jetzt das Richtige tun

20 Millionen mehr für den Zivilen Friedensdienst – das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Nicht mehr und nicht weniger. Baut die Bundesregierung den Zivilen Friedensdienst jetzt nicht weiter aus, folgen also den Worten nicht endlich auch Taten: Dann bleiben alle Bekenntnisse zur Bedeutung der zivilen Krisenprävention unglaubwürdig. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Die Verantwortlichen in Regierung und Bundestag kennen sie. Fachpolitiker/-innen aller Parteien sind sich bezüglich der Notwendigkeit einer Stärkung der zivilen Krisenprävention weitgehend einig. Unsere Aufgabe ist es, sichtbar, lautstark und fachkundig für den Ausbau des Zivilen Friedensdienstes einzutreten. Lassen Sie uns versuchen, die gewaltfreie Prävention zu einem breiten gesellschaftlichen Anliegen zu machen, dem auch die Bundesregierung Rechnung tragen muss. ■

Kosten des Afghanistaneinsatzes und ZFD-Förderung im Vergleich

